

## Beschluss des Landrats vom 19.05.2022

Nr. 1513

**6. Sammelvorlage zum Thema COVID-19-Pandemie und psychische Gesundheit:  
«Coronakrise: Auswirkung auf die psychische Gesundheit» sowie «Psychische Gesundheit während Corona»**

2022/147; Protokoll: mf

Kommissionsvizepräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) führt aus, dass sich im Verlaufe der COVID-19-Pandemie zwei Vorstösse mit der Frage der psychischen Gesundheit befasst hätten: das Postulat «Coronakrise: Auswirkung auf die psychische Gesundheit» von Patricia Bräutigam sowie die Motion «Psychische Gesundheit während Corona» von Laura Grazioli. Der Regierungsrat hat beide Vorstösse in einer Sammelvorlage zusammengefasst.

Die Motion beauftragte den Regierungsrat damit, den Schutz der psychischen Gesundheit als wichtigen Pfeiler der Pandemiebewältigung aufzunehmen. Insbesondere sollten ad hoc niederschwellige betreuerische Angebote entstehen, Organisationen direkt einbezogen und eine Strategie zum Schutz der psychischen Gesundheit der Bevölkerung während und nach Corona entwickelt werden. Laut dem Bericht des Regierungsrats ist die Thematik mit verschiedenen Projekten und Aktivitäten angegangen worden. Zum Ersten war dies die Einladung von Fachpersonen an den Runden Tisch «psychische Gesundheit während Corona». Weiter hat der Regierungsrat z. H. der Psychiatrie Baselland (PBL) im Juli 2021 CHF 600'000.– gesprochen, um Wartefristen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu verkürzen. Im Dezember 2021 bewilligte der Regierungsrat einen Beitrag von CHF 147'000.– aus den Mitteln des Swisslos-Fonds. Das Geld diente als Überbrückungshilfe für Psychotherapien, welche so leichter zugänglich wurden. Eine weitere vom Kanton initiierte Massnahme ist z. B. die Aktion «Füreinand in Baselland». Eine längerfristige Massnahme betrifft das Psychiatriekonzept BL und BS, welches bis Mitte 2022 umgesetzt werden soll. Es geht dabei im Wesentlichen um Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure im Bereich der psychischen Gesundheit.

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 29. April 2022. Eintreten war unbestritten. Bekanntlich entwickeln sich die Fallzahlen speziell in der Jugendpsychiatrie (KJP) seit rund 10 Jahren stetig nach oben, was möglicherweise auch mit der erhöhten Akzeptanz und Bereitschaft von psychiatrischen Interventionen zu tun hat, wodurch diese eher in Anspruch genommen werden. Es ist auch denkbar, dass aufgrund einer besseren Diagnostik heute mehr Fälle entdeckt werden. Eine wichtige Rolle spielen die sozialen Medien. Mehrere Studien belegen, dass Instagram, TikTok und Co. die Jugendlichen stark stressen und mehrheitlich unglücklich machen, weil man sich ständig vergleicht und feststellt, dass die Anderen sowieso viel schöner, beliebter und glücklicher sind, als man selbst. Seit Corona hat sich die Situation nochmals zugespitzt, Einsamkeit und Verunsicherung haben weiter zugenommen. So sind in den ersten beiden Monaten des Jahres 2022 die Zahlen der Inanspruchnahme psychiatrischer Leistungen in der KJP gegenüber der Vorjahresperiode um 12 % (stationär) bzw. knapp 30 % (ambulant) sprunghaft angestiegen. Die Stationen und Angebote sind voll ausgelastet. Es gibt teils mehrmonatige Wartefristen. Der Ukraine-Krieg dürfte die Entwicklung nochmals verschärfen, worüber die Kommissionsmitglieder ernsthaft besorgt sind. Sie anerkennen und verdanken den grossen Einsatz der PBL und anderer Leistungserbringenden. Im Gegensatz zur somatischen Medizin ist im Bereich der psychischen Gesundheit die Prävention noch relativ schwach ausgeprägt und die Hürden zur Inanspruchnahme sind aufgrund nach wie vor bestehender Tabus relativ hoch. Es wäre deshalb ein vordringliches Anliegen, die Hemmschwellen auf allen Schienen abzubauen und möglichst frühzeitige Interventionsmöglichkeiten auszuloten.

Die Kommission stellt zufrieden fest, dass die Direktion rasch handelte. Zu nennen sind insbeson-

dere die Informationsplattform «Füreinand im Baselland», diverse Hotlines und die Einberufung des Runden Tisches. Ein Ergebnis des Runden Tisches ist die Mitfinanzierung nicht-delegierter Psychotherapieplätze als Übergangslösung. Ab 1. Juli 2022 dürfen psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten eigenständig über die Grundversicherung der Krankenkasse abrechnen – also auch dann, wenn sie nicht bei einem Arzt oder Ärztin beschäftigt sind und die Behandlung von diesen delegiert ist. Voraussetzung ist eine ärztliche Anordnung. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt, dass Patientinnen und Patienten die nicht-delegierte Behandlung auf eigene Kosten oder zusatzversichert übernehmen müssen. Der Kanton subventioniert nun mit CHF 147'000.– 13 nicht-delegierte Plätze, bis Mitte 2022 die neue Regelung greift.

Mit solchen Massnahmen konnte die Warteliste für Behandlungen gemäss Verwaltung reduziert werden. Ein Kommissionsmitglied befürchtete, dass dies nicht ausreiche, um die dramatische Situation zu entschärfen. Wenn es Wochen dauert, bis schwelende Konflikte oder bereits ausgebrochene psychische Krisen behandelt werden können, ist mit schweren ökonomischen und sozialen Folgen zu rechnen. Es geht dabei nicht um Einzelfälle, sondern um eine grosse Anzahl an Fällen. Erschwerend kommt hinzu, dass auch das Betreuungspersonal in den psychiatrischen Kliniken unter der Belastung leidet, was Kündigungen zur Folge hat.

Thematisiert wurde auch die Situation für die Familien. Ein Kommissionsmitglied fand, dass deren komplexe Probleme und Bedürfnisse besser adressiert werden müssten.

Die Kommission ist sich einig, dass der eigentliche Auftrag von Postulat und Motion erfüllt sei, sogar gut erfüllt. In Anbetracht der andauernden Krise hat sich eine Minderheit dafür ausgesprochen, die beiden Vorstösse nicht abzuschreiben, bevor der wichtigen Thematik mit einer Diskussion im Landrat nicht eine Bühne gegeben werde. Diese Möglichkeit besteht nun. – Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 10:2 Stimmen bei einer Enthaltung, das Postulat und die Motion abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

**Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) sprach sich in der Kommission gegen die Abschreibung aus, um diesem wichtigen Thema die nötige Aufmerksamkeit geben zu können. Die Grüne/EVP-Fraktion teilt die Einschätzung der Kommission, dass dem Regierungsrat und der Psychiatrie Baselland (PBL) ein Lob für das schnelle und konkrete Handeln gebühre. Die PBL hat gemeinsam mit weiteren Anbietern und dem Regierungsrat schnell und pragmatisch gehandelt. Das war wichtig, um wenigstens Notfälle behandeln und eskalierende Situationen entschärfen zu können. Auch der runde Tisch war ein positives Resultat dieser Bemühungen. Die berühmte Spitze des Eisbergs konnte so aufgefangen werden. Notfälle hätten immer behandelt werden können. Viele mussten oder müssen noch immer lange auf den Start ihrer Behandlung warten. Ein Ende ist nicht in Sicht. Es werden weitere Anstrengungen und Massnahmen benötigt, wenn auch durch die Möglichkeit, dass die Psychologinnen und Psychologen ab Sommer 2022 direkt behandeln und abrechnen können, eine Entlastung eintreten wird.

Eine Vernetzung aller Player und der Ausbau des Angebots ist langfristig sehr wichtig. Neben der Zunahme an Fällen aufgrund von Corona scheinen sich allgemein mehr Menschen schneller psychiatrische Hilfe zu holen. Dies ist eine gute Entwicklung, steigert aber den Bedarf. Psychische Probleme sollten von der Gesellschaft wie physische Probleme behandelt werden. Dies könnte langfristig zu einer Zunahme von weiteren Fällen führen. Wie aus der Pflege bekannt ist, muss auch zu dem Personal in den Kliniken Sorge getragen und genügend Personal rekrutiert werden, damit gute Mitarbeitende aufgrund Überlastung nicht den Beruf wechseln. Der Fachkräftemangel könnte auch hier zum Problem werden, denn im Bereich Psychiatrie gehen viele Psychologinnen und Psychiater der geburtenstarken Jahrgänge demnächst in Pension. Deshalb ist es wichtig, vorausschauend zu handeln. Die Grüne/EVP-Fraktion wird die beiden Vorstösse abschreiben.

**Sven Inäbnit** (FDP) möchte sich nicht materiell äussern. Das Thema wurde in der Kommission umfangreich diskutiert und gewürdigt. Es wurde sehr geschätzt, in welcher Breite der Regierungsrat und andere Institutionen während der COVID-19-Pandemie Massnahmen ergriffen und dem Problem der Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit Rechnung getragen haben. Wichtig ist, dass diese Sachen weitergehen. Ausgestanden ist es nicht. In der Kommission waren alle Fraktionen mit dem Bericht und den darin aufgezeigten Massnahmen einverstanden. Die FDP-Fraktion hat wenig Verständnis, wenn bei einer solchen Ausgangslage dennoch Gegenstimmen ausgesprochen werden, nur damit die Thematik im Landrat diskutiert werden kann. Die Fraktion wird die beiden Vorstösse abschreiben und würdigt explizit nochmals die Arbeit aller Institutionen.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) bläst in dasselbe Horn wie sein Vorredner. Es soll nicht alles wiederholt werden. Die Kommission wurde umfassend informiert. Heute wurde nochmals umfassend berichtet. Essenz: Die Psychiatrie Baselland hat zusammen mit dem Regierungsrat alles unternommen, um der Situation Rechnung zu tragen, teilweise mit unkonventionellen Massnahmen wie dem Runden Tisch. Daraus sind Aktionen entstanden, die nicht per se angedacht waren. Auch die CHF 600'000.–, welche der Regierungsrat für die Kinder- und Jugendpsychiatrie gesprochen hat, waren ein wichtiger Bestandteil. Die Situation ist aber noch nicht vorbei. Die Inanspruchnahme der Psychiatrie ist gegenüber den Referenzjahren (beispielsweise gegenüber 2017) noch immer sehr stark erhöht. Es gilt, die Situation weiter zu beobachten. Hier sind das Amt für Gesundheit, der Regierungsrat, die PBL und auch der Landrat stark gefordert. Es wurde von Seiten des Kantons mehrfach bestätigt, dass mit Argusaugen darauf geschaut werde, dass sich die Situation nicht zuspitzt und falls doch, möglichst schnell Massnahmen initiiert werden.

Eine letzte Bemerkung: Die Kommission diskutierte über die Abschreibung der beiden Vorstösse. Eine Minderheit war dagegen, zwecks Möglichkeit der Diskussion im Plenum und allenfalls neu einzubringender Punkte. Es kamen allerdings keine neuen Punkte ins Spiel. Eine Extrarunde im Plenum zu drehen, ist nicht unbedingt angemessen. Die Mitte/glp-Fraktion wird die beiden Vorstösse abschreiben.

**Simone Abt** (SP) ist nicht derselben Meinung wie ihre Vorredner, wird aber keine materiellen Ausführungen vornehmen. Sie schliesst sich dem Dank an die involvierten Stellen an, haben diese doch gute Arbeit geleistet. Es ist wichtig, ab und an auch in der Öffentlichkeit über ein Etappenziel zu reden und deshalb den Bericht im Saal zu behandeln und nicht einfach abzunicken. In der Öffentlichkeit besteht ein gewisses Interesse, worüber im Landrat gesprochen wird, gerade auch zu einem Thema, das aufgrund der wärmeren Jahreszeit wieder etwas in den Hintergrund gerückt ist. Für jene Personen, die darunter leiden, dass ihr Kind keinen Platz in der Psychiatrie bekommt, die verzweifelt und am Limit sind und auf einen Platz warten – sogar während der warmen Jahreszeit –, bedeutet es viel, zu hören, dass das Thema dem Landrat nicht egal ist und er es im Visier hat. Es wurde schon über einige weniger lohnende Themen öffentlich diskutiert. Die SP-Fraktion ist für Abschreibung der beiden Vorstösse.

**Markus Graf** (SVP) bringt ebenfalls nichts Neues ein. Es wurde alles bereits mehrfach gesagt. Diese Diskussion ist sinnbildlich für die Ineffizienz des Landrats. Es tut dem Redner leid, dies zu sagen, aber aus dem Grund bereitet es auch Mühe, die Landratslisten zu füllen, weil sich niemand die Zeit nehmen möchte, über belangloses Zeug zu reden, nachdem sich in der Kommission eigentlich alle einig waren. Der Redner dankt Regierungsrat Thomas Weber und der gesamten Direktion für die prompte Arbeit und die fristgerechte Beantwortung. Die SVP-Fraktion wird die beiden Vorstösse abschreiben.

**Patricia Bräutigam** (Die Mitte) schliesst sich als Postulantin dem Lob an Regierung, Verwaltung und alle Beteiligten für die wertvolle Arbeit an, die während der Krise geleistet wurde. Corona ist

für einen Grossteil der Bevölkerung vorbei. Nach wie vor haben aber viele, vorwiegend Junge, mit den psychischen Folgen der Krise zu kämpfen. Wenn im Herbst/Winter die nächste Welle kommt, gilt es, darauf vorbereitet zu sein. Dazu kommt nun der Ukraine-Krieg. Die Rednerin weiss aus persönlichen Kreisen, dass bereits die mediale Auseinandersetzung mit dem Krieg die psychische Gesundheit von Personen enorm strapazieren kann. Bestimmt werden auch Flüchtlinge, die Schreckliches erlebt haben, traumatisiert sind und mittelfristig hier bleiben, Betreuung in Anspruch nehmen müssen. Die Enttabuisierung dieses Themas schreitet voran, was richtig ist. Somit werden Personen vermehrt psychologische und psychiatrische Angebote in Anspruch nehmen. Die psychologische und psychiatrische Versorgung muss im Blick behalten werden, um schnellstmöglich reagieren zu können. Der Knackpunkt ist das Personal. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden können, was gerade bei Assistenzpsychologinnen ein besonderer Schwerpunkt ist. Die Rednerin verdankt die Beantwortung ihres Postulats und ist mit dessen Abschreibung einverstanden.

**Laura Grazioli** (Grüne) erlaubt sich eine Replik auf die Voten der FDP, SVP und Mitte, welche befremden, werde doch mit unterschiedlichen Ellen gemessen. In der Finanzkommission ist es gang und gäbe, dass einzelne Mitglieder ihre Vorstösse oder diejenigen ihrer Parteikollegen nicht abschreiben. Die FDP ist bei dieser Praxis vorne mit dabei. Die unterschiedliche Debattenkultur gilt es zu respektieren.

Zum Inhalt: Ein Dank geht an die Verwaltung und alle Involvierten. Das Anliegen der Vorstösse wurde sehr ernst genommen. Alles, was unternommen und an Geld gesprochen wurde, zeugt davon. Positiv hervorzuheben sind Bemühungen, die darauf abzielten, die relevanten Organisationen und Einrichtungen mit einzubeziehen, aber auch die Entwicklung der Strategie des Psychatriekonzepts BL und BS. All dies ist in der langfristigen Perspektive als wesentlicher Fortschritt anzusehen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie wirksam die ergriffenen Massnahmen in Bezug auf den zentralsten Punkt der Motion waren, nämlich die Schaffung von zusätzlichen ad hoc-Angeboten und die Reduktion der langen Wartezeiten. Ausgangspunkt des Vorstosses war die akute Not vieler Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, und die Notwendigkeit, rasch und unkompliziert Hilfe zu leisten. Inwieweit die Not der einzelnen Betroffenen wirklich gelindert werden konnte, ist nicht eindeutig feststellbar. Die unternommenen Anstrengungen werden anerkannt und die Motion kann abgeschrieben werden. Dennoch sind künftig Anstrengungen nötig, damit sich die Situation einerseits entspannt und man andererseits nicht wieder in solche dramatischen Umstände reinläuft. Zum einen geht es darum, versorgungsmässig vorbereitet zu sein, dass krisenbedingte Spitzenbelastungen immer wieder eintreten und entsprechende Massnahmen rasch eingeleitet werden könnten. Nicht ausgereizt wurde der breite Einbezug von Coaches, welche in bestimmten Fällen niederschwellige Unterstützung und Hilfe leisten könnten. Zum anderen ist mittlerweile allgemein bekannt, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden von bestimmten Massnahmen, insbesondere von Lockdowns, den potentiellen Effekt bei der Pandemiebekämpfung bei weitem übersteigen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung. Es besteht Hoffnung, dass aus der vergangenen Erfahrung gelernt wurde und die psychischen Aspekte bei jeglicher Form von Krisenbewältigung mit einbezogen werden.

**Regina Werthmüller** (parteilos) dankt der Postulantin und der Motionärin für das Aufgreifen dieses gesellschaftlichen Themas im Landrat: die psychische Gesundheit unserer Jugend und unserer Gesellschaft. Anders als von Markus Graf erwähnt, war die Diskussion überaus wichtig. Die Vorlage zeigt auf, wie vielschichtig ein Problem bewältigt wird. Die Rednerin dankt dem Regierungsrat und der Verwaltung für den schnellen Einbezug der zuständigen Organisationen. Es ist erfreulich, wie viele Organisationen sich um die psychische Gesundheit der Baselbieter Bevölkerung – vor allem der Jugendlichen – bemühen. Dies beginnt im kleinsten Alter in der Mütter- und

Väterberatung, in Familienzentren, geht weiter in Spielgruppen und Schulen. Da wird darauf geschaut, dass unsere Zukunft gesund bleibt. Es war wichtig, zu reagieren, Gelder zu sprechen, damit es vorwärts ging. Die Rednerin dankt allen Beteiligten, die dazu beigetragen haben, dass diese Vorlage im Landrat diskutiert und vieles möglich geworden ist.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) äussert sich zum Votum von Laura Grazioli. Eine Abschreibung soll dann nicht erfolgen, wenn zusätzliche Punkte in die Diskussion einzubringen sind. Dies ist im vorliegenden Geschäft nicht der Fall. Wenn es im Nukleus darum geht, dass jeder Fraktionssprechende dem Regierungsrat dankt und einverstanden ist, über was berichtet wurde, ist der generierte Mehrwert minimal. In Bezug auf die Wartezeiten stimmt der Redner mit Laura Grazioli überein. Über diesen Punkt wurde in der Kommission eingehend diskutiert. Die Wartezeiten konnten (drastisch) verkürzt werden. Es ist aber eine Illusion, davon auszugehen, dass es keine Wartezeiten mehr gebe oder jemand gleich am nächsten Tag eine umfassende Beratung erhalte; dafür fehlt alleine schon das Personal. Ein wichtiger Punkt war – dieser liess sich die Kommission vom Regierungsrat als auch vom Amt für Gesundheit bestätigen –, dass bei Notfällen jederzeit gewährleistet sei, dass diese behandelt werden können. Wie im Kantonsspital Baselland findet auch in der Psychiatrie Baselland eine Triagierung statt. Wirklich schlimme Fälle werden direkt behandelt, andere kommen auf eine Warteliste. Es existieren viele niederschwellige Angebote (z. B. Hotline der PBL). Das ist, was am Ende des Tages zählt. Die PBL soll ihre Arbeit tun können. Das Thema ist bekannt, nun ist wichtig, darauf zu achten, dass sich die Situation nicht wieder zuspitzt.

*://:* Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

*://:* Mit 80:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

### ***Landratsbeschluss***

***über die Sammelvorlage zum Thema COVID-19-Pandemie und psychische Gesundheit: Bericht zum Postulat 2020/233 «Coronakrise: Auswirkung auf die psychische Gesundheit» sowie Bericht zur Motion 2020/649: «Psychische Gesundheit während Corona»***

*vom 19. Mai 2022*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

- 1. Das Postulat 2020/233 «Coronakrise: Auswirkung auf die psychische Gesundheit» wird abgeschrieben.*
  - 2. Die Motion 2020/649: «Psychische Gesundheit während Corona» wird abgeschrieben.*
-